Stadt Plauen
Verwaltungsausschuss

Plauen, 24. Mai 2019

Niederschrift
über die 49. Sitzung des Verwaltungsausschusses

Sitzung am :	Mittwoch, den 15.05.2019
Sitzungsort:	Rathaus, Zimmer 154 b

Beginn: 16:30 Uhr **Ende:** 18:55 Uhr

Anwesenheit:

Name	**Bemerkung**
Vorsitzender	
Herr Levente Sárközy	
Stimmberechtigtes Mitglied	
Herr Hansgünter Fleischer	
Herr Sven Gerbeth	bis TOP 6.
Herr Christian Hermann	
Herr Wolfgang Hinz	
Herr Prof. Dr. Lutz Kowalzick	bis TOP 6.
Herr Jörg Schmidt	bis TOP 6.
Herr Hansjoachim Weiß	
Herr Benjamin Zabel	
Beratendes Mitglied	
Herr Waldemar Deschner	
Frau Marion Faust	
Herr Arndt Fröhlich	
Herr Uwe Geisler	
Herr Kai Grünler	
Herr Eric Holtschke	
Frau Gabriele Lorenz	
Stellvertretendes Mitglied	
Frau Uta Seidel	Vertretung für Frau Claudia Hänsel

Abwesende:

Name	**Bemerkung**
Vorsitzender	
Herr Oberbürgermeister Ralf Oberdorfer	entschuldigt

Stimmberechtigtes Mitglied

Frau Claudia Hänsel	entschuldigt

Beratendes Mitglied

Herr Torsten Dolata	entschuldigt

Mitglieder der Verwaltung

Name	Funktion	Anwesenheitsgrund
Frau Karliner	Fachgebietsleiterin Personal/Org.	gesamte Sitzung
Herr Uebel	Ltr. Rechnungsprüfungsamt	gesamte Sitzung
Herr Gabriel	Fachgebietsleiter Allg. Ordnungsangelegenheiten	gesamte Sitzung
Herr Leonhardt	Personalrat	bis TOP 5.
Frau Myrczeck	Gleichstellungsbeauftragte	gesamte Sitzung

weitere Sitzungsteilnehmer

Name	Anwesenheitsgrund
Herr Mario Wild	Presse
eine weitere Pressevertreterin	Presse

Tagesordnung:
öffentlicher Teil:

1 . Eröffnung der Sitzung
1.1 . Tagesordnung
1.2 . Niederschrift über den öffentlichen Teil der 48. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 17.04.2019
1.3 . Beantwortung von Anfragen
1.4 . Bekanntgabe von Beschlüssen aus der nichtöffentlichen Sitzung des Verwaltungsausschusses am 17.04.2019
1.5 . Informationen des Bürgermeisters

2 . **Vorberatung**
2.1 . Abschluss einer Zweckvereinbarung mit der Gemeinde Rosenbach über die Durchführung von Aufgaben und die zeitanteilige Zurverfügungstellung von Dienstkräften im Personenstandswesen
Drucksachen-Nr.1006/2019
2.2 . Stelleneinrichtung und –besetzung im Zusammenhang mit der Einrichtung eines „Kommunalen Präventionsrats“
Drucksachen-Nr.1003/2019
2.3 . Bereitstellung überplanmäßiger Aufwendungen im Fachgebiet Allgemeine Ordnungsangelegenheiten für die Beauftragung eines Sicherheitsdienstes zur Bestreifung der Innenstadt im Jahr 2019
Drucksachen-Nr.1002/2019

3 . Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

1 . Eröffnung der Sitzung

Die 49. Sitzung des Verwaltungsausschusses wird von Herrn Sárközy, Bürgermeister Geschäftsbereich II, durch die Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit eröffnet und geleitet.
Zur Mitzeichnung der Niederschrift werden Stadträtin Uta Seidel, Fraktion DIE LINKE., und Stadtrat Hansjoachim Weiß, CDU-Fraktion, gebeten.

1.1 . Tagesordnung

Die Tagesordnung für die 49. öffentliche Sitzung des Verwaltungsausschusses wird bestätigt.

1.2 . Niederschrift über den öffentlichen Teil der 48. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 17.04.2019

Herr Sárközy, Bürgermeister Geschäftsbereich II, stellt die inhaltliche Richtigkeit der Niederschrift über die 48. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 17.04.2019 -öffentlicher Teil- fest.

1.3 . Beantwortung von Anfragen

keine offenen Anfragen

1.4 . Bekanntgabe von Beschlüssen aus der nichtöffentlichen Sitzung des Verwaltungsausschusses am 17.04.2019

Herr Sárközy, Bürgermeister Geschäftsbereich II, gibt bekannt, dass der Verwaltungsausschuss am 17.04.2019, im nichtöffentlichen Teil, das Leistungsverzeichnis zur Erstellung eines Brandschutzbedarfsplans beschlossen und die Verwaltung mit der Angebotseinholung beauftragt hat (*DS-Nr. 991/2019*). Er fügt an, dass über die Angebotsvergabe der Vergabeausschuss entscheidet.

1.5 . Informationen des Bürgermeisters

Herr Sárközy, Bürgermeister Geschäftsbereich II, bitte Frau Karliner dazu zu sprechen.

Frau Karliner, Fachgebietsleiterin Personal/Organisation, setzt den Ausschuss darüber in Kenntnis, dass die Angestellten der Stadtverwaltung ab 01.06.2019 ein Jobticket erwerben können. Dazu wird mit der Straßenbahn derzeit ein Rahmenvertrag abgeschlossen.
Es können dann Verkehrsmittel des Verkehrsverbundes Vogtland 20 % günstiger genutzt werden (10% Vergünstigung durch die Verkehrsbetriebe und 10% Zuschuss durch die Stadtverwaltung).

2 . Vorberatung

2.1 . Abschluss einer Zweckvereinbarung mit der Gemeinde Rosenbach über die Durchführung von Aufgaben und die zeitanteilige Zurverfügungstellung von Dienstkräften im Personenstandswesen
Drucksachen-Nr. 1006/2019

Herr Sárközy, Bürgermeister Geschäftsbereich II, bittet Herrn Gabriel, Fachgebietsleiter Allg. Ordnungsangelegenheiten, die Vorlage näher zur erläutern.

Herr Gabriel, Fachgebietsleiter Allg. Ordnungsangelegenheiten, führt aus, dass vorgesehen ist mit der Gemeinde Rosenbach, auf Grund eines personellen Engpasses im Standesamt eine Zweckvereinbarung abzuschließen. Hier sollen Mitarbeiter der Stadt Plauen in der Zeit vom 01.07.2019 bis. 31.12.2019 Aufgaben im Standesamt in der Gemeinde Rosenbach wahrnehmen. Es ist eine pauschalierte Kostenerstattung je Einwohner vorgesehen. Nach seiner Auffassung ist dies leistbar.

Bürgermeister Sárközy, bittet Herrn Gabriel, mitzuteilen, wie es dann im neuen Jahr weitergehen soll.
Herr Gabriel teilt mit, dass das Problem weiterhin bestehen wird. Hier ist angedacht die Standesamtsbezirke Rosenbach zusammenzulegen. Dies ist jedoch nur zum 01.01. eines Jahres möglich. Darüber entscheidet in der Folge die Landesdirektion.

Bürgermeister Sárközy, fragt, ob dies schon in anderen Gemeinden praktiziert wird.

Herr Gabriel antwortet, dass die Zusammenarbeit mit Rosenbach erstmalig erfolgt. Jedoch bestehen schon Vereinbarungen mit der Gemeinde Theuma und Pöhl.

Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzick, CDU-Fraktion, möchte gerne wissen, ob dafür unsere Standesbeamten extra in die Gemeinde Rosenbach fahren müssen. Weiterhin fragt er an, ob es dafür in Zukunft erneut einen Personalmehrbedarf geben soll und ob es sich für Plauen rechnet, die ganzen umliegenden Gemeinden mit Personal zu versorgen oder erfolgt hier eine Finanzierung über den Steuerzahler.

Stadtrat Hansjoachim Weiß, CDU-Fraktion, führt aus, dass in der Vergangenheit auf Grund der personellen Situation solche Anfragen abgelehnt wurden. Nun wollte er wissen, ob wir uns das tatsächlich leisten können. Er fragt an, ob die pauschalisierten Kosten auch die tatsächlichen Kosten decken. Die Kostenerhebung sollte seiner Meinung nach noch einmal überdacht werden.

Herr Gabriel gibt an, dass die Fallzahlen nicht ausreichen, um in der Gemeinde Rosenbach Personal vorzuhalten. Es erfolgt hier ein Bedarfsgerechter Einsatz. Er gibt an, dass die Kosten für die Fahrten extra abgerechnet werden und somit keine finanzielle Mehrbelastung entsteht. Einen Personalmehrbedarf sieht er hier nicht.

Bürgermeister Sárközy, fragt, was passiert, wenn die Stadt Plauen die Vereinbarung nicht abschließen möchte.

Herr Gabriel antwortet, dass dann durch das Landratsamt eine Notfallbestellung erfolgt und da die Stadt Plauen die größte Kommune ist, ist davon auszugehen, dass Plauen auch dann diese Aufgabe übertragen bekommen würde. Sicherlich wären die Konditionen dann schlechter.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses stimmen dem Beschlussvorschlag der Verwaltungsvorlage mit der *Drucksachen-Nr.1006/2019* zu.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt den Abschluss einer Zweckvereinbarung mit der Gemeinde Rosenbach/Vogtl. über die Durchführung von Aufgaben und die zeitanteilige Zurverfügungstellung von Dienstkräften im Personenstandswesen für den Zeitraum 01.07. bis 31.12.2019.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen, keine Nein-Stimmen, keine Stimmenthaltungen

2.2 . Stelleneinrichtung und –besetzung im Zusammenhang mit der Einrichtung eines „Kommunalen Präventionsrats“
Drucksachen-Nr. 1003/2019

Herr Sárközy, Bürgermeister Geschäftsbereich II liest den Beschlussvorschlag vor und bittet Frau Karliner um Stellungnahme.

Frau Karliner, Fachgebietsleiterin Personal/Organisation, führt aus, dass es ein Treffen mit dem Geschäftsführer des Landespräventionsrates gab. Dieser sowie die Polizei rieten eine solche Stelle einzurichten, um den Arbeitsmehraufwand stemmen zu können.
Angedacht ist für eine schnelle Besetzung der Stelle, Personal aus dem eigenen Haus zu akquirieren. Weiterhin teilt sie mit, dass dieses Jahr der Stellenplan dahingehend nicht geändert wird. Zum Thema Förderung gibt sie an, dass derzeit die Stelle zur Hälfte vom Freistaat Sachsen gefördert wird. Dies sei aber vorerst begrenzt auf zwei Jahre. Nach ihrer Meinung sollte schon jetzt zu dieser Stelle eine Positionierung erfolgen.

Bürgermeister Sárközy führt aus das in der Öffentlichkeit oft ein falsches Bild entsteht. Der Bereich Ordnung und Sicherheit ist nicht präventiv tätig. Prävention sei wichtig und dafür wird auch diese Planstelle benötigt, welche direkt dem Oberbürgermeister unterstellt sein soll.

Herr Grünler, sachkundiger Einwohner Fraktion DIE LINKE., sieht hier keine Pflichtaufgabe für die Stadt Plauen sondern eher für den Vogtlandkreis. Für ihn wäre das Geld sinnvoller in Richtung Sozialarbeit investiert.

Stadtrat Benjamin Zabel, Fraktionsvorsitzender der SPD/Grüne-Fraktion, sieht es kritisch, dass Aufgaben des Freistaates Sachsen im Zuge des Personalabbaus immer mehr auf die Kommunen verlagert werden. Dennoch ist er der Meinung, dass hier die Vernetzung noch Verbesserungswürdig wäre. Deshalb und auf Grund der derzeitigen Sicherheitslagen ist er grundsätzlich für die Einrichtung einer solchen Stelle. Jedoch ist er auf Grund der begrenzten Förderung auch für eine Begrenzung der Stelle. Die Eingruppierung erscheint ihm auf Grund der vorliegenden Tätigkeiten etwas zu hoch. Dies sollte noch einmal überdacht werden. Seine Idee wäre, eine Verschiebung des Personals aus der Parkraumüberwachung vorzunehmen.

Bürgermeister Sárközy macht Ausführungen zum Thema Prävention. Weiterhin ist er nicht dafür die Politessen in diese Präventionsarbeit einzubinden.

Stadträtin Uta Seidel, Fraktion DIE LINKE., gibt an, dass in ihrer Fraktion lange darüber diskutiert wurde. Kritisch werden hier die Eingruppierung und der Arbeitsaufwand gesehen. Sie schlägt die Einrichtung einer halben Stelle vor.

Stadtrat Jörg Schmidt, Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion, führt aus, dass es wichtig ist Kriminalität vorzubeugen und dies kann nicht Aufgabe des Bereiches Ordnung und Sicherheit sein. Er kann die Auffassung von Stadtrat Zabel nicht teilen, dass jetzt von der Landespolizei Aufgaben abgeschoben werden. Es sei im Interesse aller Kriminalität vorzubeugen. Die Fragen von Ordnung und Sicherheit der Bürger ist keine Sache von Luxus, sondern es sei unsere Pflicht, dafür in unserer Stadt zu sorgen. Grundsätzlich gibt es aus seiner Fraktion Zustimmung für die Stelle.
Bürgermeister Sárközy fragt in die Runde ob aus dem Beschluss des Stadtrates zur Einrichtung eines Kommunalpräventionsrates ein „zahnloser Tiger“ werden soll und ob die Verwaltung diese anfallenden Tätigkeiten nebenbei erledigt.

Stadtrat Hansgünter Fleischer, CDU-Fraktion, ist der Meinung, dass auch nach den zwei Jahren die Förderung verlängert wird.

Herr Uwe Geisler, sachk. Einwohner Fraktion FDP/Initiative Plauen, bekommt den Eindruck vermittelt, dass wenn zur Einrichtung des Rates zugestimmt wurde, auch hier zugestimmt werden soll. Er fragt an, warum man nicht von Anfang an mitgeteilt hat, dass am Ende dazu noch eine weitere Stelle benötigt wird. Dies wäre für ihn ein Entscheidungskriterium gewesen. Weiterhin möchte er wissen, was passiert mit dem Rat, wenn diese Stelle nicht beschlossen wird. Er merkt an, dass in der Vergangenheit von Seiten der CDU-Fraktion immer wieder zur Sparsamkeit und Stellenabbau gemahnt wurde. Es sollen hier einfach 57.000 Euro freigegeben werden, die an anderer Stelle wieder fehlen. Dabei sollte überdacht werden, die Stelle unbefristet einzurichten.
Bürgermeister Sárközy korrigiert, dass es derzeit nicht um die volle Summe, sondern nur um 27.600 Euro geht.

Frau Karliner, teilt mit, dass es grundsätzlich möglich ist, die Stelle befristet einzurichten. Dies sei jedoch kritisch hinsichtlich der personellen Besetzung zu betrachten. Es sei sowohl intern als auch extern schwierig gute Leute befristet zu bekommen. Die Eingruppierung erfolgte durch das Fachgebiet Organisation/Personal. Nach ihren Informationen bekommen Geschäftsführer in Präventionsräten oft mehr. Nach ihrer Auffassung, kommen die Mitglieder des Rates zusammen und ohne eine solche Stelle würde dann im Nachgang keinerlei Umsetzung erfolgen.

Bürgermeister Sárközy führt aus, dass Prävention kein Luxus ist. Er macht am Beispiel „Revolution Train“ klar, dass Prävention viel Geld kostet aber auch sehr effizient ist.
Es soll immer wieder geprüft werden, um gegebenenfalls die Stelle neuauszurichten.

Stadtrat Schmidt, er stimmt Herrn Geisler in Bezug auf die Sparpolitik zu. Jedoch sollte nun auf die Veränderungen der letzten Jahre reagiert werden. Jedoch bringt es nichts, wenn aus einem solchen Rat keine Ergebnisse hervorgehen. Hier sollte auch das Ziel sein den Extremismus vorzubeugen. Er ist überzeugt, dass ein Rat ohne diese Stelle und somit ohne Folgen, ist vor den Bürgern nicht zu verantworten.

Stadtrat Hansjoachim Weiß, CDU-Fraktion, glaubt, dass wer gegen diesen Rat gestimmt hat, heute auch gegen die Einrichtung diese Stelle stimmt. Die Stelle ist nach seiner Auffassung kein Luxus. Es sollte vorher was getan werden, bevor Ordnungsamt oder Polizei tätig wird.

Die Situation in unserer Stadt hätte sich in den letzten zehn Jahren verschärft. Er möchte lieber Geld in die Prävention stecken.

Stadtrat Zabel, ist dafür eine Stelle einzurichten, da der Freistaat Sachsen die Lage erkannt hat und dafür Fördermittel bereitstellt. Seiner Meinung nach sind dies Tätigkeiten des früheren Bürgerpolizisten. Diese werden jedoch auf Grund des Personalabbaus nicht mehr durchgeführt. Die Einrichtung dieser Stelle sollte an die Fördermittel gekoppelt werden. Der Beschlusstext sollte dahingehend geändert werden, dass die Stelle nur auf den Förderzeitraum befristet eingerichtet wird. Nach den Landtagswahlen sei unklar, wie mit diesem Thema umgegangen wird.

Bürgermeister Sárközy nimmt den Antrag von Herrn Zabel zur Kenntnis.

Herr Eric Holtschke, sachkundiger Einwohner, SPD/Grüne Fraktion, bittet die Eingruppierung der Stelle „Sachberarbeiter/in Kommunaler Präventionsrat“ noch einmal zu überprüfen. Seiner Meinung nach ist hier die Entgeltgruppe 9a völlig ausreichend.
Weiterhin möchte er eine konkrete Tätigkeitsbeschreibung dieser Planstelle erstellt
haben.

Frau Karliner sagt zu dies bis zur nächsten Stadtratssitzung aufzubereiten.

Herr Geisler findet, dass hier die Position aufgebaut wird, dass der Erfolg des Rates von dieser Stelle abhängig ist. Dies ist nach den Tätigkeiten laut Vorlage nicht ersichtlich. Er sieht es jedoch anders. Der Erfolg steht und fällt mit der Arbeit der Mitglieder des Rates, da die Stelle selbst nicht präventiv tätig ist.
Eine Vollzeitstelle ist dafür überzogen, denn nach Ende der Förderung muss die Stadt Plauen die kompletten Kosten übernehmen.

Bürgermeister Sárközy teilt daraufhin mit, dass dieses Thema im Fluss ist und auf Grund mangelnder Erfahrung nicht so viele Aussagen im Vorfeld getroffen werden können. Die Geschäftsstelle Präventivrat, welche beim Innenministerium des Freistaates Sachsen angesiedelt ist, trägt Erfahrungen zusammen und gibt sie u.a. an uns weiter. Ziel ist es, etwas Vernünftiges zu schaffen.

Stadtrat Sven Gerbeth, Fraktionsvorsitzender der Fraktion FDP/Initiative Plauen, führt aus, dass das Thema eine ureigene Aufgabe unserer Stadt ist und merkt an, dass dies Aufgabe des Landrates ist. Er sieht die Stelle als nicht besonders attraktiv und weist daraufhin, dass dieser „Koordinator“ nicht präventiv tätig ist.

Frau Karliner teilt diese Auffassung nicht. Sie hätte schon gerne, dass hier Präventionsarbeit geleistet wird. Dafür könnte man das Personal entsprechend schulen.

Für Stadtrat Zabel ist es wichtig, dass der Rat bei seiner Arbeit von einer Person unterstützt werden muss. Fördermittelanträge erforderten auch eine Menge Arbeitsaufwand. Er sagt klar, wenn sich dafür entschieden wurde diesen Rat einzurichten, muss man die entsprechende Unterstützung dafür schaffen. Es gibt im Bereich Sport eine Sportreferentin und im Bereich Kultur eine Kulturreferentin, warum sollte es für den Sicherheitsbereich nicht eine entsprechende Stelle geben. Die Landesrichtlinie zur Förderung schafft die Möglichkeiten

dazu.

Herr Sárközy befasst sich mit dem Antrag von Stadtrat Zabel, welcher die Änderung des Beschlusstextes vorgeschlagen hat und bittet Frau Karliner dies aus personalrechtlichen Gesichtspunkten zu bewerten.

Frau Karliner teilt mit, dass es keine Auswirkungen hat, wenn die Stelle mit einer Mitarbeiterin aus dem Haus besetzt wird. Bei einer Neueinstellung kann eine sachgrundlose Befristung auf eine Jahr erfolgen. Dies könnte man auch verlängern. Sie gibt zu bedenken, dass bei einer externen Stellenausschreibung auf Grund der Arbeitsmarktsituation die Möglichkeiten beschränkt sind.

Herr Geisler merkt an, dass eine sachgrundlose Befristung limitiert sein.

Bürgermeister Sárközy, schlägt auf Antrag der SPD/Grüne Fraktion vor, den Beschlussvorschlag wie folgt zu ändern und stellt ihn zur Abstimmung:

Beschlussvorschlag des Änderungsantrages:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Einrichtung einer Planstelle „Sachbearbeiter/in Kommunaler Präventionsrat“ befristet im Geschäftsbereich Oberbürgermeister mit 1,00 WAZ in der Entgeltgruppe 9b im Stellenplan für das Jahr 2020. Die Stelle wird auf die Dauer der Förderung befristet.

Abstimmungsergebnis: 2 Ja 1 Nein 6 Enthaltungen

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses stimmen dem geänderten Beschlussvorschlag der Verwaltungsvorlage mit der *Drucksachen-Nr.1003/2019 wie folgt* zu.

Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 2 Stimmenthaltungen

2.3 . Bereitstellung überplanmäßiger Aufwendungen im Fachgebiet Allgemeine Ordnungsangelegenheiten für die Beauftragung eines Sicherheitsdienstes zur Bestreifung der Innenstadt im Jahr 2019
Drucksachen-Nr. 1002/2019

Herr Sárközy, Bürgermeister Geschäftsbereich II, bitte Herrn Gabriel, Fachgebietsleiter Allg. Ordnungsangelegenheiten zur Vorlage Stellung zu nehmen.

Herr Gabriel führt aus, dass es notwendig ist einen Sicherheitsdienst zu engagieren. Dies wäre auch der Fall, wenn alle Stellen im Gemeindlichen Vollzugsdienst besetzt wären. Die Unterstützung durch den Sicherheitsdienst ist sinnvoll, so kann eine Bestreifung mit je vier Personen am Tunnel gewährleistet werden. Dies erfordert die vorhandene Sicherheitslage. Die Mehraufwendung kommt zustande, da im Jahr 2019 ein Mehrbedarf vorliegt.
Dies ist dem geschuldet, dass u.a. der Zeitraum, wo der Sicherheitsdienst benötigt wird, verlängert wurde.

Herr Grünler, sachkundiger Einwohner Fraktion DIE LINKE., findet das öffentliche Präsenz

wichtig ist.

Stadträtin Uta Seidel, Fraktion DIE LINKE., fragt an, was unternommen wird, die restlichen Stellen zu besetzen.

Herr Gabriel verweist auf die Anfrage von Stadtrat Hermann und bittet dazu im späteren Verlauf der Sitzung (TOP 5. nichtöffentlicher Teil) ausführlich Stellung zu nehmen.

Bürgermeister Sárközy gibt an, dass die Mehrkosten entstanden sind, da der Sicherheitsdienst bis Ende des Jahres eingesetzt werden soll. Perspektivisch soll das Ordnungsamt ausgebaut werden, dies ist jedoch in der Kürze der Zeit nicht möglich.

Stadtrat Christian Hermann, SPD/Grüne-Fraktion, führt aus, dass diese Probleme nur durch den Personalabbau bei der Polizei zustande kamen. Die Vorlage findet seine Zustimmung. Er fragt an, warum die freien Stellen beim Gemeindlichen Vollzugsdienst noch nicht besetzt sind, wenn mitgeteilt wurde, dass es 23 Bewerber dafür gab.

Herr Sárközy antwortet, dass es für die Stellen des Gemeindlichen Vollzugsdienstes bestimmte Anforderungen gibt und mahnt nicht über Landespolitik zu diskutieren, sondern ob die Mittel für den Sicherheitsdienst bereitgestellt werden.

Stadtrat Jörg Schmidt, Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion, ist für die Bereitstellung der vorgeschlagenen Mittel, da eine Reihe von Verordnungen kontrolliert werden müssen. Bis eine andere Lösung gefunden ist, müssen diese Mittel in den Haushalt eingestellt werden.

Bürgermeister Sárközy führt aus, dass sich die Sicherheitslage in den letzten Jahren geändert hat und darauf reagiert werden muss.

Stadtrat Benjamin Zabel, Fraktionsvorsitzender der SPD/Grüne-Fraktion, weist daraufhin, dass mit Bedacht über die Haushaltsmittel entschieden werden soll.
Seiner Meinung nach gibt es Abstufungen in den Befugnissen bei Polizei, Gemeindlichen Vollzugsdienst und privatem Sicherheitsdienst. Er teilt mit, dass bei Beschluss über das Alkoholverbot auch gesagt wurde, dass dies mit dem vorhandenen Personal nicht zu kontrollieren ist. Ein Personalmehrbedarf wurde damals abgelehnt. Dies hält er nach wie vor für eine Fehlentscheidung. Ziel sollte sein, einen Gemeindlichen Vollzugsdienst aufzubauen, welcher die Anforderungen auch erfüllt. Dann sollte man darauf achten, dass der Sicherheitsdienst diesen Anforderungen entspricht. Er findet es wichtig, dass wir das Personal selber stellen. Der Gemeindliche Vollzugsdienst soll aufgewertet werden, so dass auch die Stadtteile kontrolliert werden können.

Stadtrat Hansjoachim Weiß, CDU-Fraktion, stimmt dem zu, dass die getroffenen Entscheidung immer Geld kosten. Er distanziert sich von der Aussage, dass die CDU Einsparungen vorgenommen hat, schließlich bestand in den letzten Jahren eine Regierungskoalition. Die veränderte Sicherheitslage erfordere eben andere Maßnahmen.

Stadtrat Schmidt fragt an, ob wir über den Vergabeausschuss auf die Firma Einfluss haben, die den Zuschlag erhält.

Stadtrat Hermann merkt an, dass die Vorlage nicht richtig sei, da zu einer Vorberatung eingeladen wurde.

Bürgermeister Sárközy sagt eine Prüfung durch den Sitzungsdienst zu.

Herr Gabriel schlägt vor, im nichtöffentlichen Teil dazu Stellung zu nehmen.

Bürgermeister Sárközy bittet Herrn Gabriel Stellung zu nehmen, da die Fragen im öffentlichen Teil gestellt wurden und somit auch öffentlich beantwortet werden sollten.

Herr Gabriel teilt mit, dass es zum privaten Sicherheitsdienst Unterschiede bei den Kompetenzen gibt, jedoch nicht zwischen Polizei und Gemeindlichen Vollzugsdienst. Nach § 80 Abs. 2 Sächsisches Polizeigesetz sind beide gleichgestellt.
Zur Anfrage von Stadtrat Schmidt wird angegeben, dass nächstes Jahr ein Vergabeverfahren angestrebt wird.

Es herrscht Unstimmigkeit über welche Vorlage, gelb oder grün, nun abgestimmt werden soll.

Bürgermeister Sárközy meint, dass die grüne Vorlage die Richtige sei. Er lässt es aber bis zum Finanzausschuss am nächsten Tag überprüfen.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses stimmen dem Beschlussvorschlag der Verwaltungsvorlage mit der *Drucksachen-Nr. 1002/2019* zu.

Beschlussvorschlag:

Der Finanzausschuss der Stadt Plauen beschließt die Bereitstellung überplanmäßiger Aufwendungen in
Höhe von 56.500 EUR für die Beauftragung eines Sicherheitsdienstes zur Bestreifung der Innenstadt und Unterstützung des Gemeindlichen Vollzugsdienstes im Jahr 2019.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen, keine Nein-Stimmen, keine Stimmenthaltungen

3 . Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

Stadtrat Sven Gerbeth, FraktionFDP/Initiative, verweist auf seine Anfrage aus der Stadtratssitzung zurück, wo er noch keine Antwort erhalten hat. Er ist der Meinung, dass durch die Baumaßnahmen im Rathaus, speziell bei den Fraktionsräumen kein zweiter Fluchtweg gegeben ist. Des Weiteren führt der ausgewiesene Fluchtweg über das Treppenhaus zum Ausgang Marktstraße und dort befindet sich ein Bauzaun der den weiteren Fluchtweg behindert.

Herr Sárközy, Bürgermeister Geschäftsbereich II, sagt eine Prüfung und Beantwortung zu.

Frau Gabriele Lorenz, sachkundige Einwohnerin, CDU-Fraktion, teilt mit, dass die neuinstallierte Ampelanlage auf der Hammerstraße/Ecke Stresemannstraße die ganze Nacht in Betrieb war. In der Vergangenheit erfolgt ab 22.00 Uhr eine Abschaltung. Sie fragt an, ob es sich dabei um eine Testphase handelt oder diese Anlage nun ständig in Betrieb ist.

Herr Sárközy, Bürgermeister Geschäftsbereich II, sagt eine Beantwortung zu.

Plauen, den

Levente Sárközy
Bürgermeister
Geschäftsbereich II

Plauen, den 24.05.2019

Kristin Martin
Schriftführerin

Plauen, den

Uta Seidel
Stadträtin

Plauen, den

Hansjoachim Weiß
Stadtrat